

**10 Jahre MaßArbeit; Festakt am 24.05.2006
- Grußwort des Landrates**

Sehr geehrter Herr **Ministerpräsident Wulff**,
sehr geehrte Damen und Herren **Abgeordnete des Bundestages
und des Nds. Landtages**,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem **Kreistag**,
sehr geehrte Vertreter der **Städte, Gemeinden und Samtgemeinden** des Landkreises
Osnabrück und der **Stadt Osnabrück**,
sehr geehrte Vertreter der **Bundesagentur für Arbeit** und der **Arbeitsgemeinschaft
Osnabrück**,
sehr geehrte Vertreter des **Arbeitgeberlagers** als unser wichtigster Kooperationspartner,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als der Kreistag des Landkreises Osnabrück am **23.08.2004** die Entscheidung traf, die
Zulassung als Träger der Grundsicherung für Arbeit zu beantragen und diese der kreiseigenen
Beschäftigungsinitiative MaßArbeit zu übertragen, waren sich alle Verantwortlichen und
Beteiligten sicher, dass dies die einzig richtige Entscheidung ist.
Schließlich hatte die MaßArbeit aufgrund ihrer langjährigen erfolgreichen Erfahrung in der
Vermittlung und Betreuung von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern bewiesen, dass sie ihr
Geschäft versteht.

Die **Eltern** unserer MaßArbeit, **Herr Hoofe** - heute Staatssekretär beim Bund - und **Frau
Gartemann** - heute Vorstand beim Landkreis Osnabrück - haben ein gutes Kind in die Welt
gesetzt, das inzwischen erwachsen geworden ist. Und der damalige Oberkreisdirektor, **Herr Holl**,
hat als **Pate** dafür gestanden, dass dieses Kind wachsen und gedeihen konnte.

Übrigens wäre Herr Hoofe heute gern dabei gewesen, aber dringende dienstliche Verpflichtungen
in Berlin hindern ihn daran. Frau Gartemann ist heute sozusagen für beide Elternteile dabei und
natürlich Herr Holl, den ich an dieser Stelle besonders begrüße.

Von der **Richtigkeit unserer Entscheidung**, die Verantwortung für die Arbeitslosen zu
übernehmen, die keine Versicherungsleistungen von der Bundesagentur für Arbeit erhalten, bin
ich auch heute noch mehr denn je überzeugt.

Allerdings haben wir die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** insbesondere in den ersten
Monaten arg beanspruchen müssen. Dabei sind Überstunden und Wochenendarbeit wie auch
Fortbildungen an Wochenenden von dem gesamten Team zur raschen und optimalen Umsetzung
der neuen Aufgabe wie selbstverständlich in Kauf genommen worden.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, mich noch einmal ganz persönlich aber auch im Namen
des Kreistages für dieses außerordentliche Engagement zu **bedanken**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Guter **Service** ist das, was die betroffenen Menschen – zu Recht – erwarten. Wir haben deshalb
die Wege für die Bezieher des Arbeitslosengeldes II möglichst kurz gehalten: An **acht
Standorten** im gesamten Landkreis Osnabrück sind wir in enger Zusammenarbeit mit den
Städten, Samtgemeinden und Gemeinden aktiv.

Aktive Beschäftigungsförderung heißt auch, Service für die **Unternehmen** zu leisten, die
Mitarbeiter einstellen oder qualifizieren wollen.

Die Aufgabe der MaßArbeit endet auch künftig nicht da, wo eine Vermittlung abgeschlossen werden konnte – auch im neuen Miteinander von Arbeitgeber und Arbeitnehmer steht die MaßArbeit noch mit Rat und Tat zu Verfügung, wenn dies gewünscht wird.

Meine Damen und Herren!

Freund und Leid liegen bekanntlich in vielen Bereichen nah beieinander:

Staatssekretär **Hoofe**, der aus seiner Zeit beim Landkreis Osnabrück wusste, wovon er sprach, ist in seiner Zeit als Staatssekretär im Nds. Sozialministerium scharf angegriffen worden, weil er Fakten genannt hat, die bundesweit zu der lange geleugneten **Finanzierungslücke** geführt haben.

Fakt ist, dass die zu Beginn der Hartz-IV-Reformen von der damaligen Bundesregierung verkündeten Fallzahlen und Kostenkalkulationen nicht realistisch waren.

Die aktuelle Bundesregierung plant deshalb, Korrekturen vorzunehmen. Der derzeitige **Entwurf des Fortentwicklungsgesetzes** mit einigen guten Ansätzen hat jedoch durchaus auch **Schattenseiten**:

Die notwendigen **Ausgabenbegrenzungen** werden darin von **Leistungsausweitungen** überlagert, vor allem zu Lasten der kommunalen Haushalte. Erkennbar ist ein Hang zu einer **Zentralisierung**, mit dem das Bundesarbeitsministerium offenbar Einfluss auf den Vollzug durch die Kommunen anstrebt.

Führt man sich vor Augen, dass das **ursprüngliche Ziel** der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in Effizienzgewinnen, der Vermeidung von Doppelstrukturen und einem stärkeren Ansatz von Fördern und Fordern bestehen sollte, führt die jetzt geplante Zentralisierung dazu, dass örtliches Experimentieren **kaum mehr möglich** ist.

Dringend erforderlich wäre hingegen die **gleichwertige Stellung** der kommunalen und der staatlichen Träger mit mehr **Handlungsspielraum vor Ort** und **weniger Bürokratie** von oben. Hiervon sind wir aber inzwischen weiter entfernt als zu Beginn der Verhandlungen auf Bundesebene über die Experimentierklausel mit der Optionsmöglichkeit für die Kommunen. Und das derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindliche Fortentwicklungsgesetz zementiert diese schleichende Entwicklung !

Fazit: Der Bund traut der eigenen Reform nicht über den Weg und kassiert viele Elemente, die auf der kooperativen Ebene Fortschritte bringen sollten!

Diese Kritik, die übrigens bundesweit von den **Kommunalen Spitzenverbänden** geteilt wird, soll uns heute aber nicht daran hindern, uns über ein Jahrzehnt erfolgreiche kommunale Arbeitsmarktpolitik im Landkreis Osnabrück zu freuen.

Ebenso freue ich mich, dass Herr Ministerpräsident Wulff aus diesem Anlass im Anschluss an das Musikstück der Bigband der Kreismusikschule den **Festvortrag** über *Perspektiven kommunaler Arbeitsmarktpolitik* halten wird.